

Bologna-Unruhen – Reaktionen und Meinungen

Eine Übersicht

Die Studentenproteste in Herbst und Winter 2009 haben viele Stellungnahmen herausgefordert.

Diese reichten von Verständnis und Unterstützung bis zu moderatem Widerspruch.

Sehr milde reagierte überraschend die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Sie befeiligte sich wohl dessen, was Herbert Marcuse mit dem Begriff der „repressiven Toleranz“ belegt hätte. Man toleriert und zeigt Verständnis, läßt sich sogar in Teilen auf Kritik ein, um aber dann doch letztlich die Proteste wohl nur einschläfern zu wollen, und das Anliegen, das ihnen zugrunde liegt, zu unterdrücken.

Nach einem Treffen am 2. Dezember 2009 zwischen der Präsidentin der HRK, Prof. Dr. Margret Wintermantel, und Studentenvertretern heißt es in einer Pressemitteilung der HRK:

Die Teilnehmer „stimmten darin überein, daß das Ziel der Studienreform ein akademisches Studium mit angemessenem Freiraum für die individuelle Studiengestaltung sein müsse. Man war sich einig, daß man gemeinsam daran arbeiten muß, bestehende Probleme in der Umsetzung zu lösen. Die Gesprächsrunde forderte eindringlich, daß die für eine gute und individuelle Betreuung der Studierenden notwendigen finanziellen Mittel endlich von der Politik zur Verfügung gestellt werden. Man verständigte sich, die Gespräche fortzuführen“.



Margret Wintermantel – Die Präsidentin der HRK fordert mehr Geld von der Politik

„HRK – Die Stimme der Hochschule: Pro Bologna“

Im Beschluß der Mitgliederversammlung der HRK vom 27. November 2009 hatte es aber apodiktisch geheißen:

„Die 7. Mitgliederversammlung der HRK hat heute in Leipzig einstimmig folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Das vordringliche Ziel des Bologna-Prozesses war und ist die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums. Die dazu gehörige Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen ist irreversibel.
2. Es ist den Hochschulen gelungen, nahezu alle Studiengänge aus eigener Kraft auf eine neue, international verständliche Struktur umzustellen, ohne dafür zusätzliche Mittel erhalten zu haben.

3. Die aktuelle Bilanz zeigt sichtbare Erfolge wie die Verkürzung der realen Studiendauer oder die wachsende Akzeptanz der Bachelorabsolventinnen und -absolventen am Arbeitsmarkt, wie von unabhängiger Seite inzwischen bestätigt.

4. Im Rahmen der von den Hochschulen entwickelten Qualitätssicherung werden Studiengänge ständig unter Beteiligung der Studierenden überprüft und, wenn notwendig, weiterentwickelt. Dies geschah und geschieht auch bei derzeit in Kritik geratenen Studiengängen. Maßstab der Überprüfung sind die Ziele der Bologna-Reform, z.B. durch die Stufung der Studiengänge eine Erhöhung der Mobilität und die Reduzierung der Abbruchraten zu erreichen.“

Ein weiterer Punkt enthält vor allem Vorwürfe an die Politik, die den Ländern „wesentliche Rahmenbedingungen für eine optimale Fortsetzung der Reform“ vorenthielte. „Ein koordiniertes und entschlossenes Handlungsprogramm der Länder“ könne die „erfolgreiche Umsetzung der Reform wesentlich beschleunigen“.

► http://www.hrk.de/109_5207.php?datum=7.+Mitgliederversammlung+am+24.11.2009

Einige Kultusminister zeigten schon zu Beginn der Studentenproteste sofortige Änderungsmöglichkeiten auf, die sich vor allem auf die Länge eines Bachelorstudiengangs bezogen.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) als ganze vergab Arbeitsaufträge (nicht ungewöhnlich), die Bundesbildungsministerin versprach mehr Geld und Gespräche und bereitet inzwischen eine Gesetzesinitiative zur Bafögerhöhung um 2% vor, der Vorsitzende des Akkreditierungsrates meint, die Umsetzung des Bologna-Prozesses sei bisher in Deutschland nicht optimal gelaufen (Reinhold Grimm im Interview mit „Forschung und Lehre“: „Sie sehen: Wie so oft, gibt es Licht und Schatten“.), und in jeder Fernsehtalkshow sitzt mindestens einer, der dreimal hintereinander das heimliche „Wort des Jahres“ ausspricht („Ich sage nur: Bildung, Bildung, Bildung!“), den Mund spitzt und mit den Augen rollt oder sehr intensiv guckt.



Bundesbildungsministerin **Dr. Annette Schavan** will Bafög erhöhen

Während HRK und KMK die „Studierbarkeit der Studiengänge“ auf den Prüfstand stellen wollen und damit nolens volens ein Ungenügen(d) der Reform zugestehen, geht der Deutsche Hochschulverband (DHV) hart mit der im bisherigen Umsetzungsprozeß entstandenen Realität an Deutschlands Universitäten ins Gericht. So heißt es in einer Pressemitteilung des DHV vom 4. Dezember 2009 unter der Überschrift:

„Korrekturen mit Sofortprogramm bis zum Sommersemester 2010 umsetzen!“

„Mit den Protesten präsentieren die Studierenden der Politik die Quittung für ihr Versagen bei der angeblichen ‚Jahrhundertreform‘“. „Zehn Jahre nach der Bologna-Erklärung ist kein einziges Reformziel erreicht worden. Mit der Einführung eines gestuften Studiensystems sind Hochschulabschlüsse international nicht vergleichbarer, das Studium nicht besser und die Mobilität der Studierenden deutlich schlechter geworden.“

Unter der verfehlten Umsetzung der Bologna-Reformen litten Lernende und Lehrende gleichermaßen, betonte DHV-Präsident Prof. Dr. Bernhard Kempen. „Vor diesem Hintergrund müssen Kultusministerkonferenz, Akkreditierungsrat sowie die Hochschulrektorenkonferenz das unwürdige ‚Schwarze-Peter-Spiel‘ auf dem Rücken der Betroffenen beenden, sich endlich der ungeschminkten Wirklichkeit stellen und unverzüglich den überfälligen Kurswechsel einleiten. Die Reform der Bologna-Reform, die der Hochschulverband von Anfang an kritisch begleitet hat, ist ohne Alternative.“

„Dipl. Ing.“ als Abschluß beibehalten – Master soll Regelabschluß werden

Die notwendigen Weichenstellungen sind nach Auffassung des DHV mit Hilfe eines Sofortprogramms bis zum Sommersemester 2010 vorzunehmen. So müßten die Studienprogramme überarbeitet und mehr Freiräume durch weniger Prüfungen, großzügigere Module, Beschränkung der Curricula und eine Ausweitung der Wahlpflichtfächer zugelassen werden. „Unter Fach- und Qualitäts Gesichtspunkten muß dabei ein Bachelor-Studium auch ein oder zwei Semester länger dauern dürfen“, betonte Kempen. Der Abschluß „Dipl.-Ing.“, der weltweit als Ausweis deutscher wissenschaftlicher Exzellenz gelte, müsse erhalten bleiben. Um den studentischen Wünschen nach einer hochwertigen Bildung und Ausbildung durch Wissenschaft gerecht zu werden, müsse unter Bereitstellung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen der Master und nicht der Bachelor Regelabschluß werden.

Programmakkreditierung ersatzlos streichen

Von einer Einführung gestufter Studienmodelle in Medizin und Jura sei abzusehen. Schließlich sei die Programmakkreditierung, die insbesondere bei der Überprüfung der sogenannten Studierbarkeit von Studiengängen völlig versagt habe, ersatzlos zu streichen. „Auf diesen kostenintensiven und bürokratischen Popanz verzichten die Hochschulen gerne. Sie sind selbst in der Lage, Studieninhalte festzulegen,“ so Kempen, „Man muß sie nur lassen“.



DHV-Präsident **Bernhard Kempen:**
„Unverzüglich überfälligen Kurswechsel einleiten!“

DHV – Präsident empfiehlt Verweigerung der Mitarbeit

In einer Pressemitteilung vom 18. Dezember 2009 empfiehlt der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes seinen Mitgliedern „sich ab sofort nicht mehr als Gutachter an Akkreditierungsverfahren zu beteiligen“. Die Akkreditierungsagenturen hätten bei der Überprüfung der Studierbarkeit von Studiengängen versagt. So hätten die Akkreditierungsstellen unter Hinweis auf die erforderliche Profilbildung hochspezialisierte Studiengänge verlangt, was die studentische Mobilität im Bachelorstudium nahezu unmöglich gemacht habe. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten „sich dieser Farce durch Verweigerung entziehen“.

Siehe dazu: ► <http://www.hochschulverband.de/cms1/pressemitteilung+M513434c0079.html>

*

Juristen und Mediziner wehren sich hinhaltend gegen die Reform. Es ist anzunehmen, daß dieser Widerstand erfolgreich ist; denn auch die Reformeifrigen möchten wohl nicht von Bachelor-Rechtsanwälten verteidigt oder Bachelor-Chirurgen operiert werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin (AGH) hat sich kürzlich klar gegen ein Bachelor-/Masterstudium für angehende Ärztinnen und Ärzte ausgesprochen. Vielmehr plädierte die AGH für einen „Erhalt des guten Ausbildungsniveaus im medizinischen Studium“ und forderte die Politik auf, die Attraktivität des Medizinstudiums zu steigern und die Studienbedingungen zu verbessern. Die AGH weist unter anderem darauf hin, daß per Gesetz die medizinische Ausbildung auf mindestens sechs Jahre festgeschrieben ist und damit der „Bachelor of Medicine“ ein akademischer Abschluß ohne Berufsbild wäre.



Prof. Dr. **Jörg-Dietrich Hoppe** – Der Präsident der Bundesärztekammer lehnt Bachelorisierung des Medizinstudiums ab

Der AGH gehören unter anderem die Bundesärztekammer, der Marburger Bund, der Deutsche Hochschulverband, der Medizinische Fakultätentag, die Deutsche Gesellschaft für Medizinrecht und die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften an.

Die ganze Stellungnahme der AHG: www.baek.de/page.asp?his=1.101.173.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat von Beginn an argumentativ die Bolognareformen kritisiert, indem er vor allen Dingen die *flächendeckende* Einführung der Bachelor-/Masterstudiengänge angriff, und zum Widerstand gegen die bürokratischen Auswüchse aufrief. Wir haben vieles von dem, wogegen die Studenten sich jetzt aufbäumen, kommen sehen. Einige bildungspolitischen Verbände hatten zwar früh ihre Stimme gegen „Bologna“ erhoben. Doch nichts davon wurde ernsthaft berücksichtigt. Erinnern wir uns auch an das Fanal, das Marius Reiser, Professor für Theologie an der Universität Mainz, mit der Aufgabe seiner Professur gesetzt hat – alles ließ die Macher kalt, bis sich die Studenten in einige auditoria maxima setzten und dort die Nächte verbrachten. Da begann man ihnen nach dem Munde zu reden, wahrscheinlich aber nur, um sie ruhig zu stellen.

Aber die Ruhe wird nicht einkehren.

Wenn das Jahr in Schwung kommt, werden auch die Proteste wieder in Schwung kommen. Sie sind noch längst nicht durchgestanden.

Leider haben sich einige zu Trittbrettfahrern der Bologna-Kritik gemacht, die anderes im Sinn haben, als der universitätsfremden Reform den Garaus zu machen. So ist es allerdings nötig, zu dem Forderungsbündel der Protestierer sich differenziert zu verhalten. Aber gerade das ist die Forderung der Stunde: Unterschiede erkennen, differenziert argumentieren und den Unterschieden entsprechende Entscheidungen treffen und umsetzen.

Winfried Holzapfel

Kontakt: dr.winfried.holzapfel@t-online.de